

Mobilmachung, Rekrutierung und Verweigerung

Martin Link

In Russland, Belarus und in der Ukraine droht Deserteuren Haft – hier will sie aber keiner so recht haben

Eine Petition des Vereins Connection e.V. fordert die ungehinderte Einreisemöglichkeit und Asyl für Wehrdienstentzieher und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine.

Russland

Laut einer Studie der Nawalny-Antikorruptionsstiftung FBK von Ende August 2022 unterstützen trotz des Propaganda-Trommelfeuerns der Staatsmedien für die Mobilisierung nur 29 Prozent der Bevölkerung das Anliegen, für mehr russische Truppen beim Feldzug im Nachbarland zu sorgen. Genauso viele unterstützen aber die Mobilmachung.

Den Einsatz von Wehrpflichtigen im Krieg lehnen gar 74 Prozent der russischen Bevölkerung ab. Doch die gesetzlich mögliche Mobilisierung – die sich nach Verlauten vor allem gegen nicht-russische Ethnien richtet – kann sich direkt an das Wehrdienstende anschließen. So kann neues Personal für die Front gewonnen werden, ohne dass Putin sein persönliches Versprechen brechen muss, Wehrdienstleistende in der Ukraine nicht einzusetzen.

Oppositionelle Medien berichten, dass aus den ethnischen nicht-russischen Provinzen Burjatien oder Tuwa 200 bis 300 Mal so viele Soldaten in der Ukraine umkommen, wie aus Moskau. Widerstand zeigt sich inzwischen nicht allein durch Flucht außer Landes, sondern auch bei den nicht nur in der ethnisch nicht-russischen Provinz wieder aufgeflamten Antikriegsdemonstrationen, z. B. in Grosny, Burjatien oder Jakutien, die jeweils zu täglich hunderten Verhaftungen führen. Noch am Abend des ersten Mobilisierungstags wurde in der Großstadt Tolyatti an der Wolga ein Gebäude der die Einberufungsbefehle verschickenden Stadtverwaltung gebrandschatzt; ebenso in der westrussischen Metropole Nischni Nowgorod und in Rjasan.

Derweil machen einige ukrainische Aktivist*innen pauschal Front gegen die

Aufnahme von russischen Militärdienstflüchtlingen. In Berlin erklären sie, es seien Putins Unterstützer, sie würden nicht wegrennen, weil sie keine Ukrainer ermorden wollten, sondern nur, weil sie selber nicht umgebracht werden wollten.

Belarus

Auch in Belarus sind alle Männer im Alter zwischen 18 und 58 Jahren aufgefordert, sich bei den zuständigen Behörden zu melden. Staatspräsident Lukaschenko plant offenbar die Einberufung von 35.000 bis 40.000 Männern als Auftakt zum Kriegseintritt im Nachbarland. Verweigerern drohen zwei bis sieben Jahre Haft. Schon im März 2022 sollen 3.000 Militärdienstpflichtige aus Belarus nach Litauen geflohen sein.

Europäische Frontstaaten wie Finnland, Polen und die baltischen Staaten wollen aber keine russischen Mobilisierungsflüchtlinge oder Dissident*innen mehr aufnehmen oder auch nur durchreisen lassen. Deutschland kann sich mangels direkter Grenzen zur Russischen Föderation bezüglich der Aufnahmebereitschaft noch großzügig zeigen, aber im Asylverfahren scheitern auch hier die meisten russischen Deserteure.

Ukraine

Seit Kriegsbeginn sind allerdings auch in der Ukraine vermeintlich wehrfähige Männer zwischen 18 und 60 Jahren mit Ausreiseverbot belegt und werden inzwischen von der Straße weg rekrutiert. Staatliche Rekrutierungsbüros, aber auch faschistische Armeeeinheiten, wie der „Rechte Sektor“, werben Freiwillige. Doch das Interesse der Freiwilligen ist wohl nach den ersten Kriegswochen stark zurückgegangen. Inzwischen vertei-

Presseerklärung vom 27. September 2022

Zuwanderungsbeauftragter fordert Unterstützung von Militärdienstentziehern und Deserteuren

Anlässlich der laufenden Teilmobilisierung in Russland fordert der schleswig-holsteinische Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Stefan Schmidt, dass Militärdienstentziehern und Deserteuren Anträge auf Schutzgewährung allgemein ermöglicht und ein Aufenthalt gewährt werden.

Angesichts der derzeitigen Diskussion über die Aufnahme von russischen Militärdienstentziehern und Deserteuren in Deutschland fordert der Zuwanderungsbeauftragte eine aktive Hilfestellung, damit russische Kriegs- und Militärdienstverweigerer, aber auch solche aus anderen kriegführenden Staaten, die Möglichkeit haben, in Deutschland ein Asylverfahren zu durchlaufen, um entweder subsidiären Schutz oder einen internationalen Flüchtlingsstatus zu erhalten.

Zum großen Bedauern des Zuwanderungsbeauftragten gibt es die aktuell diskutierten humanitären Visa für verfolgte Personen bislang nahezu nicht. Somit ist es für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, aber auch aus anderen Ländern nur schwer möglich, überhaupt nach Deutschland einzureisen, um Asylansträge zu stellen. Stefan Schmidt regt an, die Anfang September beschlossene Aussetzung der Erleichterung in der Visavergabe an russische Staatsangehörige zurückzunehmen oder zumindest abzumildern, um Einreisen von potentiellen Kriegsdienstverweigerern zu erleichtern. „Darüber hinaus sollte es aber unabhängig von den strategischen Interessen der Bundesrepublik in ähnlich gelagerten Fällen humanitäre Visa auch für Militärdienstverweigerer aus anderen Herkunftsländern geben“, so Schmidt.

„Abgeleitet von in Deutschland weit verbreiteten Werten zum Militärdienst wünsche ich mir darüber hinaus, dass allein schon der Wille, Menschen nicht zu töten, aber auch die Angst um die eigene Gesundheit und das eigene Leben im Falle des Einsatzes im Krieg als Grund zumindest für einen subsidiären Schutz ausreichend sind“, sagt der Beauftragte. In der derzeitigen Entscheidungspraxis sind die Hürden, um einen Flüchtlingsstatus zu erhalten, für Menschen die sich dem Militärdienst entziehen, hoch. So ist grundsätzlich Voraussetzung, dass es bei dem bewaffneten Konflikt, an dem sich die Betroffenen nicht beteiligen wollen, zu Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit kommen kann, dass die Verweigerung des Dienstes an der Waffe Ausdruck einer politischen oder religiösen Überzeugung ist, dass die Möglichkeit eines Ersatzdienstes nicht gegeben ist oder dass die Verweigerung mit unverhältnismäßig hohen Gefängnisstrafen oder Geldstrafen belegt wird. Nach Einschätzung des Zuwanderungsbeauftragten sind diese Voraussetzungen für russische Reservisten derzeit hinreichend erfüllt.

<https://landtag.ltsh.de/beauftragte/fb>

len Polizei und Armee an jedem beliebigen Ort und zu jeder Tages- und Nachtzeit Einberufungsbriefe wie Strafmandate. Denen, die nicht wollen, drohen drei bis fünf Jahre Gefängnis. Nach Angaben der Polizei zahlen wehrdienstverweigernde Ukrainer umgerechnet 1.600 bis 7.000 Euro für eine Fluchthilfe außer Landes. Bei einer Umfrage sprachen sich 28 Prozent für eine Ausreise-Option wehrfähiger Männer aus. Doch die Gesellschaft ist gespalten. In sozialen Medien werden Deserteure mit Denunziation, Ausbürgerung und Strafverfolgung bedroht.

Forderungen an Deutschland und die EU

Zu begrüßen ist, dass der schleswig-holsteinische Landeszuwanderungsbeauftragte Stefan Schmidt angesichts der Mobilisierungsgewalt im Osten großzügige Aufnahme und Asylschutz für alle Kriegsdienstverweigerer und Deserteure einfordert – egal aus welchem Krieg sie sich davonzumachen suchen und egal, ob sie nicht töten oder selbst nur überleben wollen (siehe nebenstehenden Kasten).

Russland, Belarus und auch die Ukraine verweigerten ihren Bürgern ein Menschenrecht, kritisiert der Verein Connection e.V., der sich von Offenbach aus international für die Rechte von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren einsetzt.

„Angesichts des Krieges in der Ukraine brauchen wir eine klare Zusage der deutschen Bundesregierung und auch der europäischen Institutionen, dass bei Desertion und ausdrücklich auch bei Militärdienstentziehung in Russland Flüchtlingsschutz garantiert wird“, erklärt Rudi Friedrich vom Kriegsdienstverweigerungs-Netzwerk Connection. Bislang sollen nur Deserteure und Oppositionelle aus Russland geschützt werden. Militärdienstentzieher seien von den Schutzversprechen jedoch ausdrücklich ausgenommen. Ein echter Schutz für alle, die sich dem Krieg verweigern, sei schon lange überfällig.

Mindestens 100.000 militärdienstpflichtige russische Männer, so schätzt Connection e.V. (<https://de.connection-ev.org/article-3608>), haben sich bereits in den letzten sechs Monaten einer möglichen Rekrutierung entzogen. „Viele haben schon damit gerechnet“, so Rudi Friedrich, „dass es nicht nur bei einem begrenzten Einsatz bleiben würde und haben vorsorglich das Land verlassen.“ Die hiesige Politik jedoch unterstütze



diese Abstimmung mit den Füßen nur sehr halbherzig.

Deutsche Bundesregierung sagt nur Deserteuren aus Russland Schutz zu

Im Mai hatte das Bundesinnenministerium erklärt, dass „bei glaubhaft gemachter Desertion eines russischen Asylantragstellenden derzeit in der Regel von drohender Verfolgungshandlung für den Fall der Rückkehr in die Russische Föderation ausgegangen“ werde. Damit könnten sie als Flüchtlinge anerkannt werden, sofern sie ihre Desertion nachweisen können. In der Mitteilung des Bundesinnenministeriums (<https://bit.ly/3UFovTJ>) wird jedoch ausdrücklich weiter ausgeführt, dass „Wehrdienstflüchtlinge von den Ausführungen nicht umfasst“ sind.

Connection fordert: „Wir brauchen eine klare Zusage der deutschen Bundesregierung und auch der europäischen Institutionen, dass bei Desertion und ausdrücklich auch bei Militärdienstentziehung in Russland in Zeiten des Krieges in der Ukraine als oppositionelle politische Haltung

gewertet wird und diese Menschen damit auch den notwendigen Schutz erhalten. Es braucht darüber hinaus offene Fluchtwege, damit diese Menschen überhaupt die Europäische Union erreichen können. Eine Verschärfung der Visapflicht war das völlig falsche Signal.“

Europaweite Unterschriftenkampagne für Deserteure und Verweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine gestartet

Connection e.V. setzt sich aktuell gemeinsam mit weiteren Organisationen auf europäischer Ebene für einen asylrechtlichen Schutz russischer sowie belarussischer Deserteure und Verweigerer ein. Mit der Petition wird zudem eine Unterstützung auch ukrainischer Kriegsdienstverweigerer eingefordert, die mehrjährige Haftstrafen befürchten müssen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sei als Menschenrecht anerkannt. Internationale Regelungen garantieren, dass es nicht aufgrund eines Krieges eingeschränkt werden darf. Insofern verstoße die Ukra-

ine mit der Entscheidung, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auszusetzen, gegen internationales Recht.

Connection e.V. ruft auf zur Unterstützung der Petition „Russland, Belarus, Ukraine: Schutz und Asyl für Deserteure und Verweigerer“, die in verschiedenen Sprachen auf der Plattform WeMove.eu vorliegt: <https://bit.ly/3SbsKES>

Weitere Informationen unter <https://de.Connection-eV.org/ObjectWar-Campaign>

Quellen: Roland Bathon auf ipg-Journal.de 23.9.2022; Claudia van Laak, DLF 26.9.2022; Peggy Loose, taz 25.9.2022; PRO ASYL, www.proasyl.de 26.9.2022; Anastasia TiThikomirova, taz 26.9.2022, Connection e.V., connection-eV.org 26.9.2022.

